



SPD-Kreistagsfraktion, Reeser Landstr. 31, 46483 Wesel

An den  
Landrat des Kreises Wesel  
Ingo Brohl  
im Hause

0281/207-2006  
spd-fraktion@kreis-wesel.de  
Wesel, 21. Februar 2022/im

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Personal, Digitales  
und Verwaltungsangelegenheiten  
Hubert Kück

An die/den  
Vorsitzenden der Fraktionen sowie Ralf Lange, FWG  
z. K.

**Stärkung der Demokratie und der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus,  
Antisemitismus und Rassismus im Kreis Wesel**

*Antrag der SPD-Kreistagsfraktion für den Ausschuss Personal, Digitales und  
Verwaltungsangelegenheiten am 23.03.2022, Kreisausschuss am 28.03.2022 und Kreistag  
am 31.03.2022*

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

zur Umsetzung des einstimmig gefassten Beschlusses des Kreistages in seiner Sitzung vom  
25.06.2020 zu TOP 26 (Drs. 2316/IX und 2287/IX) beantragt die SPD-Kreistagsfraktion:

- 1. Im Stellenplan 2022 / 2023 wird eine 1,0 Stelle eingerichtet mit dem  
Aufgabenbereich:**
  - **Vorbereitung der Erstellung eines Handlungskonzeptes für die Stärkung der  
Demokratie und die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus,  
Antisemitismus und Rassismus**
  - **Beantragung von Fördermitteln im Rahmen bestehender Programme,**
  - **Wahrnehmung von Koordinierungsaufgaben zur Unterstützung der  
kreisangehörigen Städte und Gemeinde bei der Präventionsarbeit,**
  - **Umsetzung von „Partnerschaften für Demokratie“ mit Initiativen, Vereinen und  
Verbänden,**
  - **inhaltliche Umsetzung, Evaluation und Fortschreibung des  
Handlungskonzeptes.**
  
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur vollständigen oder teilweisen Refinanzierung  
der Stelle Mittel aus Förderprogrammen, insbesondere den Programmen  
„NRWelt offen“ des Landes und „Demokratie leben“ des Bundes, zu beantragen.**

*Begründung:*

Zur Begründung wird insbesondere auf die dem Kreistag in seiner Sitzung vom 24.06.2021 zur Kenntnis gegebenen Verwaltungsvorlage mit der Drs.-Nr. 369/X verwiesen. Danach war die Einrichtung einer entsprechenden Stelle nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion bereits Mitte des letzten Jahres entscheidungsreif. Gleichwohl ist der Kreistag einem entsprechenden Beschlussvorschlag (Drs.-Nr. 482/X) nicht gefolgt.

Ausweislich des Protokolls (Seite 23 der Niederschrift) wurde hierzu vom Landrat stattdessen ausgeführt:

*„Landrat Brohl führte aus, der Stellenplan 2022, ... ,könnte ggf. zwar in Anlehnung an die Verwaltungsvorlage einen Stellenanteil für die Bewältigung des Aufgabenkatalogs enthalten, welcher sich aus dem Handlungskonzept ergebe.“ ... „Insofern sei es sinnvoll, zunächst den Entwurf des Stellenplanes 2022 abzuwarten, um die Stelle zu definieren.“ ... „Die Verwaltung werde mit einem Vorschlag zur Thematik auf den Kreistag zukommen.“*

Dem sind der Landrat und die Verwaltung nicht nachgekommen, obwohl jüngste Vorkommnisse im Zusammenhang mit polizeilichen Auseinandersetzungen mit der „Querdenker- und Impfgegner-Szene“ die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Einrichtung einer solchen Stelle nicht deutlicher machen können und obwohl Fördermittel zur Refinanzierung der Stelle ausweislich der Verwaltungsvorlage Drs.-Nr. 369/X beantragt werden können.

Es entsteht der Eindruck, dass die Kreistags-Initiative zur Einrichtung einer solchen Stelle entgegen den Beteuerungen des Landrates und trotz der Notwendigkeit, Handlungskonzepte für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus entwickeln zu müssen, nicht von der Verwaltung umgesetzt werden soll. Statt bloßer Lippenbekenntnisse ist Handlungsbedarf angezeigt.

**Ergänzend beantragt die SPD-Fraktion,**

**Auskunft darüber zu geben, was seit der Kreistagssitzung vom 24.06.2021 seitens des Landrates und der Verwaltung zur Einrichtung einer entsprechenden Stelle und zur Beantragung von Fördermitteln unternommen wurde.**

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Drüten  
Vorsitzender